



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

10. Jahrgang, Nummer 09 / 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl ist gelaufen und bei Redaktionsschluss war noch nicht klar, wie die neue Bundesregierung aussehen wird. Fest steht jedoch, dass die außerparlamentarische Umweltbewegung weiterhin aktiv bleiben muss. Bundesweit und international. Gegen Fracking, gegen Atomanlagen und gegen viele weitere Umweltgefahren. Der BBU spielt dabei eine wichtige Rolle und engagiert sich in vielen Bereichen – dies wird auch wieder in diesem Newsletter deutlich. Wichtig für die Arbeit des BBU ist es aber, dass der BBU durch weitere Mitgliedschaften und mit vielen kleinen und großen Spenden unterstützt wird.

Interessierte finden hier Aufnahmeanträge <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

Und hier das BBU-Spendenkonto bei der Sparkasse Bonn: BLZ 37050198, Kontonummer 1900.2666.

Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch noch einen möglichst goldenen Oktober.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

16. November: Tagung gegen Atomanlagen + Atomwaffen



Der BBU und die DFG-VK NRW laden gemeinsam für den 16. November 2013 zu einer Tagung in Duisburg ein. Thema: Atomanlagen + Atomwaffen. Zwei dunkle Seiten derselben Medaille. Gemeinsame Wege gegen nukleare Bedrohung. Mit einladende Organisationen: Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen | AKW-nee-Gruppe Aachen | Anti-Atom-Bündnis Niederrhein | Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau | Friedensinitiative Duisburg | IPPNW-NRW | Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) | Ostermarsch Rhein/Ruhr | Sofortiger Atomausstieg (SOFA) Münster. **Tagungsort:** Internationales Zentrum Duisburg, Flachsmarkt 15, 47051 Duisburg.

Hier findet man den Tagungs-Flyer, der die Einladung und organisatorische Hinweise

enthält: http://www.bbu-online.de/Termine/flyer_web.pdf. Der Flyer kann in gedruckter Form beim BBU bzw. bei der DFG-VK zum Verteilen bestellt werden (gerne gegen Spende). Weitere Spenden zur Unterstützung der weiteren Aktivitäten gegen Atomwaffen und Atomanlagen sind natürlich auch willkommen. Hilfreich wäre es, wenn Ihr dem BBU (oder der DFG-VK) eine kurze Anmeldeangabe schicken würdet. Und schön wäre es zudem, wenn Ihr (sofern Ihr eine eigene Internetseite habt) den Flyer auch auf euren Seiten verlinken und die Tagung insgesamt bestmöglich bewerben würdet:

14.00 Ankunft und Auftakt mit Kaffee und Kaltgetränken

14.15 Begrüßung: Joachim Schramm (DFG-VK NRW), Udo Buchholz (BBU)

14.30 Vorstellungsrunde

14.45 Kazuhiko Kobayashi (Tokyo): Der Zusammenhang zwischen Atomwaffen und Atomkraftwerken aus japanischer Sicht

15.00 Günter Wippel (Freiburg), AG uranium-network.org: Uranabbau aus Sicht der Menschenrechts- und Umweltbewegung. Anschließend Diskussion.

15.45 Regina Hagen (Darmstadt), Kampagne "atomwaffenfrei.jetzt": Keine Modernisierung – Atomwaffen bei uns und weltweit abschaffen! Anschließend Diskussion.

16.30 Pause

17.00 Michael Zerkübel, AntiAtom-Bündnis Niederrhein: (Noch) Kein Atomausstieg in NRW. Widerstand gegen Atomanlagen und Atomtransporte zwischen Rhein und Weser

17.15 Hannelore Tölke (Dortmund), DFG-VK NRW: Gegen Kriegsbeteiligung und Rüstung: Mahnwachen, Ostermärsche und Blockaden der Friedensbewegung in NRW

17.30 Diskussionsrunde: Perspektiven der Zusammenarbeit von Friedens- und Anti-Atomkraft-Initiativen / Kurzer Input der ReferentInnen, Moderation: BBU- und DFG-VK-Mitglied Kathrin Vogler (MdB)

18.30 Fazit und Verabschiedung durch J. Schramm und U. Buchholz / Lockerer Ausklang. **19.00 Ende**

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Gefahren der Atomenergie sind unabhängig vom Farbenspiel der Koalition / Protest gegen Atommüll-Anlage in Gorleben

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat die Politik davor gewarnt, weiterhin vor dem Anwachsen der Atommüllberge die Augen zu verschließen. Damit das Atommüll-Dilemma nicht ständig größer wird, fordert der BBU von den zuständigen Landesregierungen die sofortige Aufhebung der Betriebsgenehmigungen der Atommüll produzierenden Atomkraftwerke und Atomanlagen. "Wer nicht sagen kann, wo der hochgefährliche Atommüll dauerhaft und sicher gelagert werden kann, darf keine Anlagen betreiben, die täglich neuen Atommüll verursachen", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Weiterhin betont Buchholz, dass die Gefahren der Atomenergie auf jeden Fall auch ein Thema der neuen Bundesregierung sein wird, „unabhängig vom Farbenspiel der Koalition“.

Mit dem Endlagersuchgesetz war festgelegt worden, dass eine neu zu bildende Kommission Kriterien für die Suche eines Atommüllstandorts festlegen sollte. Doch die Kommission hat noch nicht einmal mit der Arbeit begonnen, da sind ihr bereits Mitglieder abhanden gekommen: Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag hat sie auch ihre angedachten Sitze in der Endlagersuchkommission verloren.

Insgesamt wird das derzeitige Vorgehen zur Endlagersuche seitens der Anti-Atomkraft-Bewegung als absolut kritisch angesehen. Und so bekundete die Atommüllkonferenz der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung bereits bei einem Treffen im Spätsommer in Kassel: "Das Standortauswahlgesetz, die in dem Gesetz fixierte Besetzung der „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ und ihre mangelnde Kompetenz im weiteren Prozess schließen es aus, dass die Bundesrepublik Deutschland über diesen Weg der Klärung des langfristigen Umgangs mit dem Atommüll näher kommt. Sie dienen im Gegenteil dazu, den Standort Gorleben nachträglich zu legitimieren. Deshalb besteht unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Konsens, dass die beiden für die Umweltbewegung vorgesehenen Plätze in der Kommission nicht besetzt werden sollen."

Für den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bleibt daher das Engagement für den sofortigen Atomausstieg absolut vorrangig. "Aktionen gegen Atomkraftwerke, Uranfabriken und Atomtransporte bleiben auf der Tagesordnung", betont Udo Buchholz. Und so unterstützt der BBU auch eine Unterschriftenaktion der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gegen die sogenannte Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben. Mehr dazu unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>. Direktlink: http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=9118. (Die Bürgerinitiative ist eine Mitgliedsinitiative des BBU).

Pressemitteilung des BBU vom 15.10.2013,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/15.10.13.html>

CCS

BBU-Beschwerde gegen die geplante Kohlendioxid-Verpressung in der dänischen Nordsee / Verärgerung über das Umweltministerium in Kiel

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat bei der Dänischen Energie Agentur (Danish Energy Agency) eine Beschwerde gegen die geplante Verpressung von Kohlendioxid (CO₂) in der dänischen Nordsee eingereicht. Der BBU befürchtet Gefährdungen für die Natur und die Menschen.

Das dänische Umweltministerium beabsichtigt, Unternehmen die CO₂-Verpressung in der dänischen Nordsee zu ermöglichen. Mittels Verpressung von CO₂ soll die Ausbeute aus fast ausgeförderten Erdgas- und Erdöllagerstätten in der Nordsee erhöht werden. Da das Vorhaben mit erheblichen Gefahren verbunden ist, regt sich berechtigter Protest seitens der Umweltschutzbewegung. Schon Ende 2012 hatten der BBU, Bürgerinitiativen und Privatpersonen über 800 Einsprüche gegen das Vorhaben eingereicht.

Pressemitteilung des BBU vom 19.09.2013,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/19.09.13.html>

Energiepolitik

BBU für kommunale Energieversorgung in Hamburg, Berlin und anderswo

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht in dem Ergebnis des Hamburger Volksentscheids eine klare Forderung nach einer nachhaltigen Energiepolitik ohne Atom- und Kohlestrom. Die Mehrheit der Bevölkerung in Hamburg hat am letzten Sonntag (22.09.) mit dem Volksentscheid dem Senat und der Bürgerschaft den klaren politischen Auftrag erteilt, das Strom- und Gasnetz sowie die Fernwärmeversorgung zurück in die öffentliche Hand zu holen.

Nach Auffassung von BBU-Vorstandsmitglied Regina Ludewig (Hamburg) liegen die Wurzeln des Volksentscheids im jahrelangen Widerstand gegen die norddeutschen Atom- und Kohlekraftwerke. "Das E.on-Atomkraftwerk Brokdorf und das fast fertige Kohlekraftwerk Moorburg von Vattenfall verdeutlichen der Bevölkerung drastisch, dass eine echte Energiewende zwingend erforderlich ist. Das AKW Brokdorf muss gestoppt werden und das Kohlekraftwerk Moorburg darf nicht ans Netz", fordert Ludewig.

Der BBU hofft, dass jetzt in Hamburg mit den Vorbereitungen zum Rückkauf der Energienetze in Hamburg transparent und zügig begonnen wird. "Sollten sich Vattenfall und E.on querstellen, muss Hamburg alle Mittel nutzen, um den Rückkauf der Netze zu realisieren", betont das Hamburger BBU-Vorstandsmitglied.

Im Ausgang des Hamburger Volksentscheid sieht der BBU auch ein wichtiges Signal für den am 3. November in Berlin stattfindenden Volksentscheid. In Berlin engagiert sich der "Berliner Energietisch" mit seinem Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“. Die Kampagne hat das Ziel, das Land Berlin dazu zu verpflichten, ein berlineigenes Stadtwerk aufzubauen. Zudem soll der Senat sich für eine erfolgreiche kommunale Bewerbung bei der Vergabe der Stromnetzkonzession einzusetzen.

Insgesamt setzt der BBU darauf, dass weitere Kommunen sich um den Rückkauf ihrer Energienetze bemühen. "Gerade vor Ort lassen sich ökologische Wege der Energieversorgung unabhängig von Energiekonzernen umsetzen", so BBU-Pressereferent Udo Buchholz. Weitere Informationen über die erfolgreiche Kampagne in Hamburg findet man im Internet unter <http://unser-netz-hamburg.de>, Informationen über den bevorstehenden Volksentscheid in Berlin unter <http://www.berliner-energietisch.net>.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 25.09.2013, vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/25.09.13.html>

Fracking

Fracking: Korbacher Resolution im EU-Parlament verlesen

Letzte Woche Donnerstag, am 05.09.2013, trafen sich über 100 Teilnehmer zur „Unfracked-Konferenz“ im EU-Parlament in Brüssel.

Der Vorabend zur Konferenz wurde durch eine Filmvorführung von Gasland II des Regisseurs Josh Fox eingeleitet, der mit dem ersten Teil seiner Dokumentation über die Auswirkungen von Fracking in den USA maßgeblich zum Bekanntwerden der massiven Folgen der Technik und damit auch zur Verbreitung der weltweiten Anti-Fracking-Bewegung beigetragen hat. In Gasland II zeigt Josh Fox insbesondere die politischen Verflechtungen in den USA auf und belegt wie wenig beherrschbar die Technik in der praktischen Anwendung ist.

Sein Leitsatz an dem Abend lautet: „Wir können keine Demokratie haben ohne frei zu sein von fossilen Energieträgern“.

An der „Unfracked-Konferenz“ nahmen Experten aus den USA und der EU teil. Frackaktivisten aus den Niederlanden, Frankreich, Irland, Großbritannien, Bulgarien, Litauen, Rumänien, Spanien, Tschechien, Polen und Italien hatten die Gelegenheit substantielle Informationen in die Debatte einzubringen und sich gegenseitig auszutauschen.

In den Vorträgen wurde über die Einrichtung von Fracking freien Zonen (Niederlande) sowie bestehenden regionalen Fracking-Verboten und den Widerstand in den USA berichtet. Die Grundbotschaft war, dass Fracking selbst unter Anwendung höchster Standards nicht sicher ausgeführt werden kann. Sandra Steingraber, die auch im Namen der „Concerned Health Professionals of NY“ sprach, machte deutlich, dass die mit Fracking verbundenen Gesundheits- und Umweltrisiken weder mit verbesserter Technik noch durch stärkere Regulierung hinreichend reduziert werden könnten.

Auch der rechtliche Rahmen auf EU-Ebene und bestehende Gesetzeslücken in Umwelt- und Bergrecht wurden aufgezeigt. Insbesondere der Aspekt der notwendigen rechtlichen Klarstellung, dass Fracking-Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden müssen, wurde fokussiert.

Im Rahmen der Konferenz verlas Andy Gheorghiu (BI Fracking Freies Hessen und BI für ein lebenswertes Korbach), die Korbacher Resolution als Statement im Namen der bundesweit agierenden Anti-Fracking-Initiativen.

Die Fracking-Technik und auch das Schiefergas wären weder volkswirtschaftlich sinnvoll noch könnten sie für die Versorgungssicherheit Europas einen relevanten Beitrag leisten. Es sollte in Europa vielmehr darauf geachtet werden, die bereits beschlossenen Klimaschutzziele und Ziele der Energieversorgung mit Leben zu füllen, so Gheorghiu weiter.

Die Korbacher Resolution (www.resolution-korbach.org), am 05.05.2013 beschlossen, fordert ein bundes- und europaweites Fracking-Verbot sowie ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende. Ihre Forderungen, an den Bund, die Länderregierungen und die EU gerichtet, werden mittlerweile von fast 130 Mitzeichnern (NGO's, Politische Organisationen, Unternehmen und Kommunen) aus Deutschland und Europa gestützt. Um den Druck auf die politischen Entscheidungsträger weiterhin zu erhöhen sind weitere Unterstützer herzlich willkommen.

Gemeinsame Pressemitteilung der Bürgerinitiative Fracking freies Hessen, <http://www.frackingfreieshessen.de>, und der Bürgerinitiative für ein lebenswertes Korbach, www.muellverbrennung-korbach.de. Beide Initiativen sind im BBU organisiert.

Geplantes Fracking-Gespräch in Schleswig-Holstein: Intransparentes Verhalten des Umweltministeriums im Vorfeld stößt BBU und Bürgerinitiativen vor den Kopf

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Anti-Fracking-Initiativen Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V., IG gegen Fracking in Schleswig-Holstein, Regionalgruppe „Frackingfreier Kreis Plön“ und die Bürgerinitiative Frackingfreie Zukunft sowie Vertreter der Bürgerinitiative FrackingFreies Hamburg mussten zu ihrem Bedauern einen angebotenen Gesprächstermin zum Thema Fracking im schleswig-holsteinischen Umweltministerium



absagen. In einem Schreiben an das Ministerium begründeten sie diesen Schritt mit der aus ihrer Sicht mangelhaften Vorbereitung des Termins seitens des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR). Statt des von den Initiativen geforderten Austauschs über die Entwicklung, Konkretisierung und Überprüfung eines Konzepts zur Verhinderung von Fracking in Schleswig-Holstein wollte das Ministerium offenkundig eine unverbindliche Gesprächsrunde über längst Bekanntes stattfinden lassen. Auf vorbereitende Vorschläge der Initiativen zu Gesprächsinhalten gab es keine Reaktion, Fragen blieben unbeantwortet.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Wir haben bereits im Vorfeld gefordert, dass uns das Umweltministerium eine Strategie zur Verhinderung von Fracking in Schleswig-Holstein präsentiert. Stattdessen sollte es primär um die Darstellung der bekannten Rechtsauffassungen des Ministeriums gehen. Es ist kein in die Zukunft gerichtetes Vorgehen, mit dem Fracking in Schleswig-Holstein verhindert werden könnte, wenn das MELUR uns lediglich ein weiteres Mal seine Auffassungen präsentiert. Es ist an der Zeit, dass konsequente Schritte zu einer Verhinderung des Frackings erfolgen.“

Als Ergebnis der mangelhaften Vorbereitung sehen die Initiativen zudem, dass trotz ihrer Bitte im Vorfeld keine Tagesordnung bekannt gegeben wurde, zumal die Initiativen das Ministerium vorab mit einem strukturierten Tagesordnungsvorschlag unterstützt hatten. Eine Vorbereitung auf den Termin seitens der Initiativen war so nicht möglich.

Konsterniert mussten die Initiativen auch zur Kenntnis nehmen, dass das Ministerium den Kreis der Gesprächsrunde erweitert und Vertreter der Landtagsfraktionen zu dem Gespräch eingeladen hatte, ohne dies offen gegenüber der Mehrheit der eingeladenen Anti-Fracking-Organisationen zu kommunizieren. Die Bitte der Initiativen, abschließend über alle Ministeriums- und Behördenteilnehmer an dem Gespräch informiert zu werden, wurde nicht erfüllt.

Trotz des Scheiterns dieses Gesprächs bereits im Vorfeld bleiben der BBU und die Bürgerinitiativen gegen Fracking im Interesse der Sache weiter gesprächsbereit. Sie erwarten allerdings vom schleswig-holsteinischen Umweltministerium sowie der Landesregierung konkrete Impulse und Vorschläge, um Fracking effektiv zu verhindern. In dem Brief an das MELUR, in dem sie ihre Absage begründen, heißt es abschließend: „Gerne sind wir auch unter veränderten Rahmenbedingungen und mit einer guten Vorbereitung von Treffen bereit, im Rahmen eines offenen, konstruktiven und zielgerichteten Prozesses auf Augenhöhe dem MELUR unsere Sachkompetenz zur Verfügung zu stellen. Wir würden uns freuen, wenn sich auch Herr Dr. Habeck aktiv in diesen Prozess einbringen würde. Mit Interesse sehen wir daher Ihren Vorschlägen für einen solchen Prozess entgegen.“

Pressemitteilung des BBU vom 30.09.2013,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/30.09.13.pdf>

Kohlekraftwerke

Kohlekraftwerk Moorburg: Initiativen kritisieren mangelhafte Informationspolitik Vattenfalls und fordern konzernunabhängige Überwachung des Kraftwerkbetriebs

Erst Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung, dann Legionellen und nun Feuerwehreinsatz wegen "Glutnestern" (NDR) im Kohlelager: Die Liste der bekannt gewordenen "Pannen" beim Probetrieb des Kraftwerks Moorburg reißt nicht ab. Und Vattenfall bleibt sich treu. Der Konzern betreibt Informationspolitik wie zu Zeiten von Krümmel und Brunsbüttel. Vattenfall hatte im Sommer 2013 zugesagt, der Moorburger Bevölkerung wichtige Informationen zum Kraftwerk jeweils aktuell zu schicken. Am Freitag ist es zu einem Einsatz der Feuerwehr auf dem Kraftwerksgelände gekommen. Erhöhte Kohlenmonoxidwerte wurden gemessen. Vattenfall hat die Bevölkerung vor Ort bislang nicht informiert. Das war auch beim Legionellen-Vorfall so.

"Vattenfall erweist sich zum wiederholten Mal als ein Nachbar, der sich nicht an Verabredungen hält. Wir zweifeln daran, dass Vattenfall seiner Verantwortung als Betreiber des Kraftwerks gerecht werden kann", so Ulrich Wendt, Sprecher des "Interessenbündnis Moorburg". Claudia Kulenkampff von "moorburg forever": "Solange sich die Umweltbehörde nicht dazu durchringen kann, Vattenfall die Betriebsgenehmigung zu entziehen, soll sie selber den Kraftwerksbetrieb kontrollieren, anstatt sich die Daten von Vattenfall geben zu lassen." Astrid Matthiae von der Initiative "Kraftwerk Moorburg Stoppen" ergänzt: "Das Kraftwerk ist außerdem schlicht überflüssig. Es ist noch nicht am Netz und nirgends fällt der Strom aus. Deutschland exportiert so viel Strom wie nie zuvor. Zudem wird hier deutlich: Solch große Einheiten bedeuten auch immer ein großes Risiko."

Claudia Kulenkampff: "Wir fordern dass das Kraftwerk niemals ans Netz geht und setzen uns für die Umnutzung des Kraftwerksgeländes zum Erlebnispark ein."

PS: Und wer bezahlt den Feuerwehreinsatz? Wir meinen Vattenfall.

Pressemitteilung der Initiativen „moorburg forever“ und Kraftwerk Moorburg Stoppen“ (ehemals „Moorburgtrasse Stoppen“) vom 30.09.2013

Konzernkritik

Energiekonzern Vattenfall beendet „Vattenfall Lesetage“. Ein Gewinn für die Demokratie

Als wir die Idee im Januar 2010 unter den besetzten Bäumen im Gählerpark hatten, als es darum ging, die Fernwärmeleitung vom damals im Bau befindlichen Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg zu verhindern, hätten wir nicht gedacht, dass wir so schnell am Ziel sein und Vattenfall sein Propagandainstrument aus der Hand nehmen könnten. Die Fernwärmeleitung selber war ja auch so ein "Greenwashing"-Versuch. Sie sollte ablenken von der dreckigen Basis dieser angeblich ökologisch sinnvollen Nutzung der Abwärme. Und selbst das stimmte ja so nicht.

Im ersten Jahr, 2010 haben wir nur kleine Aktionen gemacht, u. a. mit einer Lesung vor dem Vattenfall Kundenzentrum, damals noch in der Spitaler Straße. Und bereits die löste nervöse Reaktionen aus.

Und 2011, als es dann richtig losging mit "Lesetage selber machen - Vattenfall Tschüss sagen",Zunächst mal ein dickes Dankeschön an alle die, die sich damals getraut haben, in irgendeiner mitzumachen, sei es als Künstlerin oder Künstler oder als Raumgebende. Zu beidem gehörte Andere, die ihn nicht hatten, befürchteten, sie würden es hinterher irgendwie negativ zu bekommen, wenn sie sich mit kulturellen Aktionen fürs Klima und fürs politische dieser Stadt engagierten.

In den vergangenen Wochen um den Tag des Volksentscheids herum haben wir uns aber schon gefragt, ob Vattenfall seine Lesetage fortführen sollten wir den Volksentscheid gewonnen haben. Und jetzt nach dem 22.9. ging mehrfach durch den Kopf, zumal Vattenfall ja auch insgesamt immer häufiger darüber nachdenkt, das Deutschland-Geschäft aufzugeben.

Warum ein Gewinn für die Demokratie? Mit so einem "Geschenk", wie die beiden zuständigen Senatorinnen die Lesetage des Energiekonzerns genannt haben, sind ja Absichten verbunden, Absichten, den Beschenkten eine Beißhemmung zu verpassen, sie gnädig zu stimmen. Und das halten wir für falsch. Und jemand, der wie Vattenfall Deutschland wegen des - demokratisch beschlossenen - Atomausstiegs mit einer Milliardenklage überzieht, ist doch alles andere als ein honoriger Sponsor, von dem man ein „Geschenk“ annimmt.

Wer sich dann noch ein bisschen mit der Lausitz vertraut macht, dort, wo Vattenfall für seine (Braun)Kohle ganze Landstriche vernichtet samt der darin liegenden Dörfer mit ihren Kulturgütern und der Basis der Sorbischen Kultur, wer also mitbekommt, was Vattenfall in der Lausitz anrichtet, zweifelt einerseits, dass es Vattenfall überhaupt um Kultur gegangen ist und kann auch erfahren, wie Vattenfall dort versucht, durch gezieltes Sponsoring sich eine ganze Region gefügig zu machen.

Das war auch gerade in den vergangenen Monaten anlässlich eines Vattenfall-Antrags für einen neuen Tagebau sehr gut zu beobachten.

In der Lausitz gibt es Vattenfall (Vattenfall Europe Mining, VE-M) auch ganz offiziell zu Protokoll: „VE-M erklärt, dass für eine Unterstützung mittels Sponsoring die Bereitschaft des Empfängers zur Zusammenarbeit erwartet wird.“ (aus einem Aktenvermerk der Stadtverwaltung Welzow über eine Sitzung in der südbrandenburgischen Kleinstadt am Rande des großen Tagebaus Welzow Süd vom Oktober 2010, an der ein hochrangiger Vertreter von VE-M teilnahm.) Erwartet wird konkret: keine Kritik an Vattenfall von den gesponserten Vereinen.

Deswegen Vorsicht vor Konzernsponsoring, nicht nur von Vattenfall, sondern wohl auch insgesamt.

Kulturförderung ist eine öffentliche Aufgabe. Wir müssen alle zusammen darauf achten, dass keine großen Lücken entstehen, in die Großunternehmen mit ihren Summen hineinstoßen können. Wir wollen keine gesponserte Republik, denn so eine Republik ist keine mehr.

Wir glauben, Vattenfalls Entscheidung, die Vattenfall Lesetage aufzugeben, setzt viel Kreativität frei und ist eine große Bestätigung und Ermutigung für die kulturelle Unterstützung von (umwelt-)politischem Engagement.

Pressemitteilung der Initiative „Lesetage selber machen – Vattenfall Tschüss sagen“ vom 02.10.2013

**UNSER
HAMBURG
UNSER
NETZ**

JA zu 100%

Form
Mut.
spüren
Klima in

wird,
uns das
laut

Müllproblematik

BBU und Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großelüder fordern Ende der Ausbringung von Plastikmüll im Landkreis Fulda

In einem Schreiben an die Regierungspräsidien Kassel und Darmstadt, den Landkreis Fulda sowie die Gemeinde Großelüder haben die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großelüder und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gefordert, der Verteilung von Plastikmüll auf Äckern im Landkreis Fulda ein Ende zu setzen. Wiederholt hatten BürgerInnen auf Feldern, auf denen Gärreste des Biogasparcs am Finkenberg verteilt werden, Plastikteilchen in relevanten Mengen festgestellt. Anscheinend werden Verpackungen, beispielsweise von verdorbenem Fleisch, vor der Verarbeitung von Abfällen nicht oder nur unzulänglich entfernt. Die Gärreste aus der industriellen Biogasanlage im Ortsteil Kleinlöder werden in einem größeren Umfeld im Landkreis Fulda und im Vogelsbergkreis ausgebracht.

Kerstin Desch-Wöhrl von der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großelüder führt hierzu aus: „Wir sehen mit großer Besorgnis, wie unsere Umwelt durch eine solche Praxis mit immer mehr Plastikmüll verunreinigt wird. Statt aus der Verschmutzung der Meere mit Plastik zu lernen, wird dieses nun auch noch auf Äckern verteilt. Damit besteht die Gefahr, dass es sowohl den Boden wie auch Gewässer kontaminiert und erhebliche Schäden bei der Wanderung durch die Nahrungskette hervorruft. Das Problem scheint sich zudem auszuweiten. Auf einem Acker in Müs sind inzwischen erhebliche Mengen von beispielsweise mit Kugelschreiberminen belastetem Kompost festgestellt worden. Dieser Kompost soll aus einer Anlage im Raum Gelnhausen stammen.“

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU ergänzt: „Wir erwarten, dass die Regierungspräsidien nicht erst bei der Verteilung von Gärresten und Kompost auf Äckern eingreifen. Vielmehr muss bereits bei der Erteilung immissionsschutzrechtlicher oder bauordnungsrechtlicher Genehmigungen sichergestellt werden, dass kein Plastik in die Gärreste oder den Kompost gerät. Für bereits bestehende Anlagen kommen nachträgliche Anordnungen in Betracht, um umweltgefährdende Praktiken zu unterbinden. Falls ein Bebauungsplan zum Betrieb einer Anlage

erforderlich ist, sollte dieser zudem nur von der Kommune verabschiedet werden, wenn der Betreiber vorab rechtsverbindlich plastikfreie Gärreste garantiert.“

Pressemitteilung des BBU vom 16.10.2013,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/16.10.13.html>

Störfallrecht

BBU und BUND verlangen Klärung der Genehmigungssituation, erneute Auslegung der Antragsunterlagen und Verschiebung des Erörterungstermins zur wesentlichen Änderung des Werks Raumland der Berleburger Schaumstoffwerke

Die Umweltverbände Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die im Genehmigungsverfahren zur wesentlichen Änderung des Werkes Raumland der Berleburger Schaumstoffwerke Einwendungen erhoben haben, haben die Bezirksregierung Arnsberg zum Handeln aufgefordert. Beide Verbände haben bei der Genehmigungsbehörde beantragt, die Antragsunterlagen zu überarbeiten, erneut auszulegen und als Konsequenz den Erörterungstermin zu verschieben. Nur so kann den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden, ihr gesetzlich verbrieftes Recht auf Mitwirkung in derartigen Genehmigungsverfahren optimal wahrzunehmen. Grund des Antrags der beiden Umweltverbände sind Widersprüche bei der Genehmigungssituation.

Bereits während der Einwendungsfrist stellte sich heraus, dass der Bezirksregierung Arnsberg über die in den Antragsunterlagen angegebenen lediglich zwei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen eine weitere für das Verfahren wichtige Genehmigung vorliegt, die nicht im Antrag aufgeführt wurde. Diese Genehmigung könnte für die Einstufung des gesamten Werkes als Störfallbetrieb relevant sein.

Vor wenigen Tagen hatte die Firma BSW heftig auf die Kritik der Umweltverbände an ihrem Vorhaben reagiert und öffentlichkeitswirksam über 70 Aktenordner präsentiert, die anscheinend die Genehmigungslage dokumentieren sollten. Nach dieser Präsentation gehen BBU und BUND davon aus, dass nicht im Antrag dokumentierte Genehmigungen existieren. Diese Genehmigungen hätten nach Auffassung der Umweltverbände zwingend im Genehmigungsantrag aufgeführt werden müssen. Erfolgt eine derartige Angabe nicht, sind die Antragsunterlagen unvollständig. Sie erlauben den Betroffenen nicht, sich ein umfassendes Bild über das Vorhaben und die gesamte Gefährdungslage zu machen. BBU und BUND fordern daher, das Verfahren zu stoppen und erst nach einer erneuten Auslegung mit vervollständigten Antragsunterlagen weiterzuführen.

Gemeinsame Pressemitteilung des BUND, Landesverband NRW, und des BBU vom 24.09.2013,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/24.09.13.pdf>

Verkehrspolitik

Zum Klimaschutz alle Möglichkeiten gegen Flughafen Twente ausschöpfen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wird prüfen, welche Möglichkeiten zur Verhinderung des niederländischen Flughafen Twente noch ausgeschöpft werden können. Das gab am heutigen Freitag BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz bekannt. Der BBU unterstützt seit Jahren den Protest gegen den grenznahen Flughafen, der in Nachfolge eines militärischen Flugplatzes errichtet werden soll. Medienberichten zufolge haben die möglichen Betreiber des Flughafen Twente, die Unternehmen Reggeborgh Groep und Aviapartner, am Donnerstagabend einen Konzessionsvertrag mit der Entwicklungsgesellschaft ADT unterschrieben. Der Vertrag gestattet es den Unternehmen, das Gelände zu einem Regionalflughafen zu entwickeln und 49 Jahre zu betreiben. Udo Buchholz kommentiert: "Der Weltklimarat hat soeben mitgeteilt, dass der Meeresspiegel schneller als bisher angenommen steigen wird. Angesichts dieser erschreckenden Information darf kein weiterer Flughafen in Betrieb gehen. Der Flugverkehr insgesamt muss stattdessen reduziert werden. Das Fliegen nimmt mit Blick auf den Klimawandel eine Sonderrolle ein. Der Flugverkehr erzeugt nicht nur Treibhausgasemissionen, sondern löst auch atmosphärische Prozesse aus, die ebenfalls auf das Klima wirken."

Weitere Informationen zum geplanten Flughafen Twente, zum Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range und zum Thema Fluglärm allgemein findet man im Internet unter

<http://www.buergerinitiative-gegen-flughafen-twente.de>,

<http://www.volt-twente.nl>, <http://www.nordhorn-range-muss-weg.de>, <http://www.fluglaerm.de>.

Leicht gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 27.09.2013, vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/27.09.13.html>



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 09 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 31.10..2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.